



Bundesverband e.V.

PRESSEINFORMATION

AWO-Sozialbarometer zeigt: Bürger blicken skeptisch auf die finanzielle Absicherung im Pflegefall

„Immerhin 41 Prozent der Bevölkerung sind in Sorge um eine gute Versorgung im Pflegefall“, so der AWO Vorstand Brigitte Döcker anlässlich des aktuellen AWO Sozialbarometers zum Thema „Zukunft der Pflege“. Zwar sagten 55 Prozent, sie seien finanziell ausreichend abgesichert. In der Gehaltsgruppe mit einem monatlichen Einkommen unter 1.500 Euro sehen dies jedoch nur noch 42 Prozent so und 54 Prozent fühlen sich nicht ausreichend abgesichert. „Dies stimmt umso nachdenklicher, wenn man bedenkt, dass ein Großteil der Menschen sich oftmals keine zusätzliche Privatversicherung leisten kann.“

In diesem Zusammenhang sind auch die Ergebnisse des AWO Sozialbarometers mit Blick auf die Frage, ob der Anteil privater Vorsorge zur Finanzierung der Pflege angehoben werden sollte, einzuordnen. Nur 29 Prozent plädieren dabei für ein Mehr an privater Vorsorge. 57 Prozent der Befragten hingegen sehen in der Erhöhung der Beträge zur derzeitigen Pflegeversicherung ein Mittel. „Die Befragten zeigen eine wohltuend realistische Einschätzung der Lage“, betont Döcker. Allen Beobachtern sei klar: Die Zahl der Erwerbstätigen – und damit auch die Zahl der Beitragszahler – sinkt; die Zahl der Leistungsempfänger wird angesichts der demografischen Entwicklung kontinuierlich zunehmen. Das heißt, die Ausgaben werden steigen. Umso dringender sei ein weitreichendes Gerechtigkeits- und Finanzierungsverständnis in Politik und Gesellschaft, „um den Menschen die Sorge vor dem Alter oder als Pflegebedürftiger zu nehmen“, so das AWO-Vorstandsmitglied.

Die Zukunft von Pflege erfordert an vielen Stellen ein Umdenken bei allen Verantwortlichen. Eine integrierte, alle Bürger umfassende gesetzliche Pflegeversicherung und eine Beitragspflicht, die alle Einkommen erfasst, gewährleisten eine hinreichende Finanzierungsgrundlage. Zwar würden immer wieder Argumente ins Feld geführt, dass eine sogenannte Bürgerversicherung administrativ und rechtlich nicht umsetzbar sei. „Dies hat die AWO allerdings vor geraumer Zeit mit seriösen Gutachten widerlegt und gegenüber den politisch Verantwortlichen auch kommuniziert“, konstatiert Döcker. Demnach ist die Pflege-Bürgerversicherung nicht nur gerecht, sondern auch ohne zusätzliche Kosten umsetzbar. Sie würde allen Bürgern eine ausreichende Absicherung gewährleisten, Leistungsverbesserungen ermöglichen und eine private Zusatzversicherung überflüssig machen.

Das AWO-Sozialbarometer fragt nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland. Die Studie wird von TNS-Infratest durchgeführt.

Weitere Informationen unter www.awo-sozialbarometer.org

Kontakt

Peter Kuleßa

030/26309-4553

peter.kulesa@awo.org